

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe November 2016

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Dr. med. Susanne Ley: § 217 StGB und die Folgen für die Gesellschaft**
- **Götz Eisenberg: Pharmakologischer Seelenmord**
- **Unabhängige US-Delegation kehrt von Syrien-Reise zurück: "Der Westen betreibt massive Propaganda!"**
- **Karin Leukefeld (im Interview): Warum brennt der Nahe Osten?**
- **Daniele Ganser: Illegale Kriege**
- **US-Bürgermeister warnen vor zunehmender Kriegsgefahr**
- **Andreas Zumach: USA stemmen sich gegen Atomwaffenverbot**
- **Richard N. Haass: Die kommende Konfrontation mit Nordkorea**
- **Willy Wimmer (im Interview): Die Wahlentscheidung in den USA bewahrt uns vor einem großen Krieg**
- **Karl-Jürgen Müller: Europa und der neue US-Präsident**
- **Christoph Blocher und Gerhard Schwarz: Darf das Volk denn alles?**
- **Swiss-Propaganda: Schweizer Radio und Fernsehen: Die Propaganda-Analyse**
- **Heini Lippuner: Die Finanzindustrie**
- **Umweltinstitut München e.V.: Belgische Einigung hat es in sich**
- **Bundesverfassungsgericht: Eilanträge zu 'CETA' ..**

Zitat des Monats von [Dr. Susanne Ley](#):

Die Garantie der Menschenwürde und das Recht auf Leben sind universell gültig und können nicht durch Menschenhand, auch nicht durch irgendeinen Gesetzespositivismus abgeschafft werden. Gesitteten Kulturnationen ist die Bindung an diese Grundsätze selbstverständlich. Dahinter sollten wir nicht zurückgehen.

- Dr. med. Susanne Ley: **§ 217 StGB und die Folgen für die Gesellschaft**

Die Garantie der Menschenwürde und das daraus abgeleitete Recht auf Leben sind unveräußerliche vorstaatliche Rechte mit universeller Gültigkeit (siehe Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, Grundgesetz). Folgerichtig ist die Tötung auf Verlangen nach StGB verboten. Da dem assistierten Suizid immer vorausgeht, dass ein Menschenleben von Dritten als lebensunwert beurteilt wird, wird hierbei die Grenze zur Euthanasie überschritten.

Nach StGB besteht die Pflicht zur [Hilfeleistung gegenüber Verunglückten und Menschen in Not auch und insbesondere im Falle eines Suizidversuches](#). Daher hat der Deutsche Ärztetag 2011 verboten, Patienten auf deren Verlangen zu töten. Der neue §217 StGB stellt allerdings die Hilfe beim Suizid explizit straffrei und die Schutzpflicht des Staates in Frage - außer der beim Suizid Helfende selbst handelt geschäftsmäßig. Damit sollen Angehörige, Nahestehende sowie Angehörige von Heilberufen legal Suizidhilfe leisten können.

Dabei wird übergangen, dass es das oberste Gebot ärztlichen Handelns ist, dem Patienten nicht zu schaden. Es wird übergangen, dass Selbstmord ein individuelles Problem ist, das soziale Ursachen und Folgen hat. Daher gehen die meisten Selbstmörder nicht so frei und willig in den Tod, wie man uns glauben macht. Den Selbstmordabsichten liegt meist eine mangelnde zwischenmenschliche Beziehung zugrunde, der Selbstmörder empfindet die Mitmenschen als abwesend. D.h. wir Mitmenschen sind aufgerufen, mit all unseren Kräften anwesend zu sein, um mittels der Beziehung den Suizid zu verhindern.

Wird aber der Selbstmord positiv dargestellt, wird die Beihilfe erlaubt, so steigt in der betroffenen Gesellschaft die Suizidrate merklich. Auch die Fälle, in denen Menschen ohne ihren ausdrücklichen Willen umgebracht werden, häufen sich dann. Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient wird zutiefst beschädigt.

Dr. med. Susanne Ley, [Gründungsmitglied](#) der Liga 'Ärzte in Ehrfurcht vor dem Leben'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Götz Eisenberg: **Pharmakologischer Seelenmord**

Die Versuchung von hilflosen Eltern, ihre schreienden Kinder mittels Medikamenten ruhig zu stellen, scheint groß. Dazu werden nicht nur als sedierend ausgewiesene Mittel benutzt sondern auch Mittel gegen Erkältung o.ä.. Den Eltern ist dabei nicht immer bewusst, welchen Nebenwirkungen sie damit ihre Kinder aussetzen. Anrufe bei Giftnotzentralen sind teilweise die Folge. - *Der FAZ-Artikel "Schlaf Kindchen, Schlaf" von Yvonne Staat ist leider kostenpflichtig. Aber Götz Eisenberg hat diesen Artikel bei den NachDenkSeiten aufgegriffen und macht darauf aufmerksam (Red.)*, dass sich der Mensch durch die Medikamentenvergabe im Kindesalter [früh an die pharmakologische Moderation der Gefühle gewöhnt](#).

Eisenberg stellt das in den Zusammenhang mit den Zwängen unseres Wirtschaftssystems, in dem die Menschen flexibel zu funktionieren haben. Der einfache Weg der Eltern ihre Kinder "abzuschießen", wie der Vorgang der Ruhigstellung durch Medikamente in der zynischen medizinischen Umgangssprache bezeichnenderweise genannt wird, ist auch Ausdruck und Folge dafür, dass sich manche Eltern aus den Anstrengungen des Erziehens zurückziehen und ihre Kinder in Einsamkeit belassen, z.B. vor dem Bildschirm.

Eisenberg weist auf die Notwendigkeit von räumlicher und zeitlicher Konstanz und zuverlässigen emotionalen Bindungen, damit sich beim Kind das Gefühl der Geborgenheit ausbilden kann, statt von Angst überschwemmt zu werden.

[Viele Ärzte sehen die sedierenden Mittel kritisch](#). Sie warnen, die Wirkstoffe könnten schon bei üblicher Dosierung bei älteren Kindern zu Konzentrationsstörungen und Müdigkeit am Tag führen, darüber hinaus führen sie insbesondere bei Überdosierung lebensbedrohliche Nebenwirkungen an.

Ein- bis Dreijährige reagieren allgemein auf ZNS-wirksame Wirkstoffe (Morphin, Nikotin, GABAerge Antikonvulsiva) gesteigert mit Atemdepression und Krämpfen, mit "paradoxen" Reaktionen wie Unruhe und Erregung sowie mit einer gesteigerten Neurotoxizität mit [Spätfolgen für die weitere zerebrale Entwicklung](#).

[Götz Eisenberg](#), Jg. 1951, Sozialwissenschaftler und Publizist, arbeitete 30 Jahre als Gefängnispsychologe in der JVA Butzbach. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- RTdeutsch: **Unabhängige US-Delegation kehrt von Syrien-Reise zurück: "Der Westen betreibt massive Propaganda!"**

Eine Delegation des US-Friedensrates ist nach Damaskus gereist, um sich ein unverfälschtes Bild von den Hintergründen des Syrien-Kriegs zu machen. Dabei haben die Mitglieder der Delegation Staatsbeamte und Vertragsangestellte im Staatsdienst, Vertreter der Handelskammern und der nationalen Studentenorganisation, NGOs, die sich um die Kriegsoffer kümmern, Vertreter der unbewaffneten politischen Opposition, des Gesundheitsministeriums sowie Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften, vor allen Dingen aber auch spontan ausgewählte Zivilisten gesprochen. Die Mitglieder des Friedensrates sprachen auch mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad.

Rückblickend stellen sie fest, dass der Westen eine [massive Propaganda und Verfälschung der tatsächlichen Situation in Syrien](#) betreibt. Madelyn Hoffman, die Direktorin der Friedensaktion New Jersey, erklärte: "Es ist kein Bürgerkrieg, der in Syrien stattfindet, und auch kein Krieg Assads gegen seine Bevölkerung. Es ist Präsident Assad, der gemeinsam mit seiner Bevölkerung als eine Einheit gegen ausländische Truppen und Terrororganisationen kämpft, die aus dem Ausland finanziert werden, gegen das syrische Volk!"

Nach ihrer Rückkehr haben die Teilnehmer ihre [Ergebnisse im UN-Hauptquartier in New York vorgetragen](#) (Video mit Simultanübersetzung, 1h01).

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld (im Interview): **Warum brennt der Nahe Osten?**

Karin Leukefeld weist im Gespräch mit RT darauf hin, dass in den Medien kaum von der Bevölkerung gesprochen wird. Dabei ist die humanitäre Situation insbesondere in Aleppo prekär, da dort die Wasserversorgung vielfach von bewaffneten Gruppen zerstört wurde. Humanitäre Notkorridore werden eher wenig genutzt.

Wenn Wohnungen in Ost-Aleppo aufgegeben werden, werden diese von den bewaffneten Gruppen belegt, was manche daran hindert, den Stadtteil zu verlassen. Die syrischen kurdischen Kräfte sind sich in ihrer Zielsetzung nicht einig und haben sich zu Teilen in ein Bündnis mit anderen bewaffneten Gruppen eingelassen.

Die Ölvorkommen im Nordosten Syriens spielen in der Auseinandersetzung sicherlich eine große Rolle. Wegen des Öls, das nach Meinung der Kurden dem syrischen Staat gehört, sind die Kurden immer wieder unter Druck gesetzt worden.

Es müsste in dem Konflikt durch die ausländischen Mächte vielmehr berücksichtigt werden, dass es in Syrien [viele Ansätze gibt, die Gewalt zu beenden](#). Eine Befriedung Aleppos wäre ein großer Gewinn für Syrien und deren Regierung.

[Karin Leukefeld](#), Jahrgang 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Daniele Ganser: **Illegale Kriege**

Der Schweizer Friedensforscher Daniele Ganser deckt in seinem neuen Buch "[Illegale Kriege](#)" schonungslos die Wahrheit auf und gelangt zu dem Schluss, dass der Westen seit 1945 immer wieder und konsequent schwerste Verbrechen gegen das Völkerrecht und die Menschheit verübt.

[Ganser erinnert im Interview daran, dass nach Art.2 der UN-Charta ein absolutes Gewaltverbot](#) gilt, das man durch Verdrehen der Tatsachen unter dem Vorwand der Selbstverteidigung missachte. So sei die NATO kein Verteidigungsbündnis, sondern ein Angriffsbündnis, dessen Verantwortliche stets völlig straflos bleiben. Dazu komme, dass die NATO-freundlichen Medien die illegalen Kriege sogar noch befeuern und unterstützen.

[Daniele Ganser](#) ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik, sowie Energie- und Friedensforscher. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• US-Bürgermeister warnen vor zunehmender Kriegsgefahr

Die 'US-Conference of Mayors' (USCM) hat bei ihrem Jahrestreffen vom 24. bis 27. Juni 2016 in Indianapolis eine Resolution an den US-Präsidenten zur Unterstützung der "Bürgermeister für den Frieden" verabschiedet. Die "Bürgermeister für den Frieden" setzen sich angesichts verheerenden Wirkung der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki für die Abschaffung der Kernwaffen über alle Grenzen hinweg ein.

Die USCM fordert in diesem Sinne eine [Umverteilung der staatlichen Mittel, weg von atomarer Aufrüstung](#) hin zu Erneuerung und Wieder-Instandsetzung der maroden Infrastruktur – zugunsten der Bürger ihrer Städte.

Angaben zu den "Bürgermeistern für den Frieden" unter dem angegebenen Link. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Andreas Zumach: USA stemmen sich gegen Atomwaffenverbot

Im Vorfeld der Abstimmung der UNO-Generalversammlung über eine Beschlussvorlage, die vorsieht, 2017 Verhandlungen über ein Abkommen zum weltweiten Verbot von Atomwaffen aufzunehmen, [übten die USA massiven Druck auf verschiedene Staaten aus](#), gegen diese Beschlussvorlage zu stimmen.

Aber eine große Mehrheit von atomwaffenfreien Staaten, vor allem aus dem Globalen Süden, setzte im Ausschuss zu Abrüstungs- und Fragen der internationalen Sicherheit die Resolution 'General and complete disarmament: Taking forward multilateral nuclear disarmament negotiations' ([L.41](#)) gegen den Widerstand und politischen Druck der Atomwaffenstaaten durch. [Insgesamt gab es 123 Stimmen für und 38 gegen die Resolution bei 16 Enthaltungen.](#)

Die Resolution ist der Erfolg der vor drei Jahren angestoßenen Humanitären Initiative, die anstrebt, Atomwaffen angesichts ihrer inakzeptablen humanitären Konsequenzen und damit verbundenen Risiken zu stigmatisieren, zu verbieten und zu eliminieren. Die finale Abstimmung in der UN-Vollversammlung findet im Dezember 2016 statt.

Das Auswärtige Amt in [Berlin verteidigte seine Ablehnung des Antrags](#). Selbstverständlich unterstütze man das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen, aber dieses könne man nur gemeinsam mit den Atommächten erreichen. Man setze auf den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, erklärte während der Sitzung in New York Botschafter Biontino. Man spreche sich für "eine konkrete und realistischere Alternative" zu einem Verbot von Atomwaffen aus.

[Andreas Zumach](#), Jg. 1954, studierte Volkswirtschaft und Journalismus, heute freier Journalist am UNO-Sitz in Genf für unterschiedliche Medien, erhielt den Göttinger Friedenspreis. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Richard N. Haass: Die kommende Konfrontation mit Nordkorea

Stellen Sie sich vor, wir schreiben das Jahr 2020. Der Direktor der CIA bittet um einen dringlichen Termin beim amerikanischen Präsidenten. Der Grund: Nordkorea hat es geschafft, eine Atombombe zu bauen, die in die Spitze einer Interkontinentalrakete passt, deren Reichweite sich bis zu den Vereinigten Staaten erstreckt.

Dieses "heute vielleicht unwirklich erscheinende Szenario" wird weiter ausgemalt, die Interessen Chinas als Nordkoreas Verbündetem werden angesprochen, und es werden drei Handlungsoptionen für die USA angedeutet:

1. Mit diesem Nordkorea weiter leben, und evtl. Cyberangriffe zur Schwächung durchzuführen.
2. Konventionell angreifen mit Unterstützung durch Südkorea und Japan.
3. Konventionell nur dann angreifen, wenn Nordkorea erkennbar einen Angriff unmittelbar vorbereitet, was natürlich riskant ist.

Am Ende wird aus der eingangs genannten Fiktion eine konkrete Aufgabe: Wer immer auch im November die amerikanische Präsidentenwahl gewinnt, wird zu irgendeinem Zeitpunkt ihrer oder seiner Amtszeit [vor einer schicksalhaften Entscheidung im Zusammenhang mit Nordkorea](#) stehen.

Richard N. Haass, Jahrgang 1951, ist Präsident des 'Council on Foreign Relations' und Verfasser des demnächst erscheinenden Buchs "A World in Disarray". – Aus dem Englischen von Helga Klinger-Groier – Copyright: Project Syndicate, 2016.

Wir verweisen auf diesen Artikel, weil er nicht irgendeine Meinung eines phantasiebegabten Verschwörungstheoretikers wiedergibt, sondern aus der Feder des CFR-Präsidenten stammt und

somit eher als maßgebliche Absichtserklärung und Einflussnahme auf die US-Politik verstanden werden muss (Red.).

[Inhalt](#) ↑

- **Willy Wimmer (im Interview): Die Wahlentscheidung in den USA bewahrt uns vor einem großen Krieg**

Viele europäische Politiker und Medien sind über den Wahlsieg Donald Trumps schockiert. Der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, [Willy Wimmer, ist hingegen erleichtert](#). Mit Clinton als Präsidentin hätte er einen Dritten Weltkrieg für möglich gehalten.

Wimmer findet, dass sich sowohl der Bundespräsident als auch die Bundeskanzlerin und ihr Außenminister mit ihren Äußerungen zur Wahl des US-Präsidenten in die inneren Angelegenheiten der USA eingemischt und den nationalen Interessen des deutschen Volkes geschadet haben. Die Pressekommentare findet Wimmer "schlichtweg unerträglich".

Wimmer wörtlich: "Wir leben in einer Situation, wo sich einige [*die politische Klasse und die Mainstream-Medien, Red.*] offensichtlich dazu aufgeschwungen haben, die Herrschaft über den Rest des Volkes auszuführen und wir haben heute gesehen, dass das in die Irre führt."

[Willy Wimmer](#), ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, ist unter Einschluss von Finanz- und Wirtschaftsfragen Experte für globale Sicherheitspolitik und führte über Jahrzehnte auf höchster staatlicher Ebene Gespräche. Wimmer treibt die gegenwärtige Lage in der Ukraine und Syrien sowie die diesbezügliche Politik um. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Karl-Jürgen Müller: Europa und der neue US-Präsident**

Der Autor stellt eine Diskrepanz zwischen den Reaktionen der veröffentlichten Meinung von Politikern und Journalisten einerseits und der der Bürger andererseits fest, die sich in Kommentaren und Leserbriefen äußern. Bei Journalisten und Politikern vermisst er die "Mäßigung" im Umgang mit souveränen Entscheidungen anderer Staaten und Völker und erkennt darin den Willen unserer "Eliten", auf jeden Fall ihre Macht zu erhalten – gegen den Willen der Bürger. Hinter dem Gebrauch des Modewortes "Populist", mit dem nicht nur Trump, sondern auch zahlreiche Bürger in Europa bezeichnet werden, verstecken sich die [Eliten, die zum Krieg rüsten wie machiavellistische Hasardeure](#).

Anlässlich der Wahl Trumps sollten die europäischen Staaten darüber nachdenken, wie sie zukünftig ihre Politik ausrichten sollen: Rückkehr zu den Grundlagen des Völkerrechts, Friede zwischen den Völkern, Ächtung des Kriegs, Ende der Dämonisierung Russlands, Aufbau einer Wirtschafts- und Finanzordnung im Sinne des Gemeinwohls, Stärkung der Demokratie etc.. Die europäischen Staaten sollten eigenständiger werden. Dies aber nicht als Ersatz im Sinne der bisherigen US-Politik, die Aufrüstung und Weltmachtsprüche meint, wenn sie Verantwortung sagt. Und dies schon gar nicht unter der Führung Deutschlands.

Karl-Jürgen Müller unterrichtet Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde an einer deutschen Berufsschule.

[Inhalt](#) ↑

- **Christoph Blocher und Gerhard Schwarz: Darf das Volk denn alles?**

Zwei prominente Schweizer, beide Befürworter der direkten Demokratie, [diskutieren über die Frage, worüber das Volk abstimmen darf](#), ob es unzulässige Themen und unantastbares Völkerrecht gibt, wieviel Stimmbürger erforderlich sein sollen, um eine Gesetzesinitiative zu lancieren, ob bei zu viel Entscheidungsfreiheit am Ende die Wirtschaft oder die Demokratie selbst in Gefahr gerät und andere Themen, die oft von den Gegnern von "zu viel Demokratie" vorgebracht werden.

Hier einige Zitate: "Was ist die Alternative? Ich glaube, das Volk entscheidet besser als eine Auswahl, etwa ein Parlament von Berufspolitikern... Klar macht das Volk Fehler, aber im Vergleich mit den umliegenden parlamentarischen Demokratien hat die Schweiz in der Summe weniger Fehler gemacht... Wenn ich die Schweiz mit Deutschland oder Österreich vergleiche, haben wir beispielsweise mit der direkten Demokratie ein viel besseres Sozialsystem geschaffen - von

Frankreich und Italien ganz zu schweigen... Wer bei Volksabstimmungen verliert, spricht gerne von der Diktatur der Mehrheit: Noch schlimmer ist aber die Diktatur der Minderheit... Ich glaube, es gibt einen wesentlichen Kern des Völkerrechts, der schlicht tabu ist und über den wir uns nicht hinwegsetzen dürfen... Das stimmt (dass das Volk bei Hitler mitgemacht hat), aber warum hat Hitler als erstes die Demokratie abgeschafft? Weil er wusste, dass sie seine Macht einschränkt. Ich glaube, dass das deutsche Volk, wenn es über den Krieg hätte abstimmen können, diesen an der Urne zumindest früher abgebrochen, wenn nicht verhindert hätte... Ich glaube der Minderheitenschutz und der pflegliche Umgang mit den Unterlegenen gehört zur direkten Demokratie. Das hält das System zusammen..."

Die Redaktion sieht in diesem Interview mit ausgewiesenen Kennern einer immer noch funktionierenden direkten Demokratie einen sehr erfrischenden Beitrag zu einer Diskussion, die in Deutschland mangels historischer Erfahrung leider kaum stattfindet.

[Inhalt](#) ↑

- **Swiss-Propaganda: Schweizer Radio und Fernsehen: Die Propaganda-Analyse**

Wie eine Analyse zur Berichterstattung vom 20.09.2016 zum Angriff auf einen Hilfskonvoi des Syrisch-Arabischen Roten Halbmonds und der UNO in der Nähe von Aleppo am Tag zuvor zeigt, ist auch das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) [nicht frei von Propaganda](#).

Die Manipulation der Öffentlichkeit wird z.B. daran deutlich, dass über eine Belagerung Aleppos 2013 durch die im Vormarsch befindlichen Rebellen keine Berichte beim SRF existieren. Jetzt, wo die Rebellen in der Defensive sind, wird breit und emotional berichtet. Dabei überwiegen die Wortäußerungen durch USA/NATO deutlich. Die Drittquellen sind bis auf die UNO der Konfliktpartei USA/NATO zuzuordnen. Die Konfliktpartei Syrien/Russland kommt nicht zu Wort. Syrien wird für das Beenden der Waffenruhe verantwortlich gemacht, aber deren Gründe werden nicht genannt. Dass die al-Nusra, die den Zielort des Konvois kontrollierte, die Hilfslieferungen ablehnte, wird nicht erwähnt.

Manipulative Bearbeitung von Filmmaterial, manipulative Übersetzungen, manipulative Hintergrundmusik sowie Idealisierung der Konfliktpartei USA/NATO waren beim ZDF noch stärker ausgeprägt.

[Swiss Propaganda](#), ein Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda in Schweizer Medien, erstellt alle Studien und Beiträge durch politisch und publizistisch unabhängige Medienwissenschaftlern, ohne Beauftragung oder Fremdfinanzierung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Heini Lippuner: Die Finanzindustrie**

In der Wirtschaftskunde haben wir gelernt, dass der erste Sektor (Urproduktion) und der zweite Sektor (Industrie) unterstützt werden durch den dritten Sektor, die Dienstleistungen. Dieser Rolle sind die Banken längst entwachsen; sie bilden heute eine eigenständige Finanzindustrie, die unter minimalem Einsatz eigener Mittel mit Geld aus den beiden anderen Sektoren spekulative Geschäfte betreibt und dafür Provisionen und Beratungshonorare kassiert.

Die Börse ist zum Wettbüro geworden, wo mittels Computer-Programmen Wertpapiere aller Art in Millisekunden weltweit bewertet und gehandelt werden. Das Ziel ist der Gewinn der Bank, nicht das Wohl des Kunden. Vielmehr haften Letztere mit ihren Bankeinlagen bei Klagen, Strafen und außergerichtlichen Vergleichen im Falle von illegalen Geschäftsgebaren.

Es ist höchste Zeit, dass die Politik endlich eine gründliche Reform der Finanzindustrie durchsetzt. [Kernpunkt einer Reform muss die Aufteilung in Geschäftsbanken und Investmentbanken sein](#) (Trennbankensystem).

[Inhalt](#) ↑

- **Umweltinstitut München e.V.: Belgische Einigung hat es in sich**

Am 27.10.2016 haben sich die Regionen und die belgische Bundesregierung geeinigt, nachdem der EU-Kanada-Gipfel abgesagt worden war. Die Einigung umfasst folgende Punkte:

In der belgischen Verfassung wird festgelegt, dass alle drei Regionen und die drei Sprachgemeinschaften den Vertrag mit ratifizieren müssen. Die Regionen sowie die französische und deutsche Sprachgemeinschaft werden [den Vertrag nicht ratifizieren, wenn die Investor-Staat-Schiedsgerichte so bleiben](#), wie sie derzeit festgeschrieben sind.

Der Investitionsschutz darf nicht vorläufig angewandt werden und Belgien darf die vorläufige Anwendung einseitig kündigen. Außerdem wird die regulatorische Kooperation an Einstimmigkeit im Rat der EU gebunden und an Prozeduren innerhalb Belgien angepasst. Erst wenn das Abkommen ratifiziert ist, kann der Rat der EU die Entscheidungen in seinem üblichen Verfahren treffen.

Belgien wird vom Europäischen Gerichtshof überprüfen lassen, ob das Investitionsgerichtssystem mit den europäischen Verträgen vereinbar ist.

Belgien fordert eine Klausel, um gegen Marktungleichgewichte bei landwirtschaftlichen Produkten vorzugehen. Damit soll die Landwirtschaft bei Bedarf besser geschützt werden.

Zudem sprechen sich die Belgier für das Vorsorgeprinzip, gegen Gentechnik und für Regionale Ursprungsbezeichnungen aus.

Ergänzend dazu verweist Norbert Häring darauf, dass die [Kanadier nicht an den Spezialgerichten für Investoren hängen](#).

Zudem blockiert die Wallonie CETA nicht alleine. Geht man auch in anderen europäischen Ländern auf die Ebenen unterhalb der Nationalparlamente, dann stellt man fest, dass sich inzwischen [2'087 Regionen und Kommunen explizit gegen CETA und TTIP](#) ausgesprochen haben – darunter auch Metropolen wie Amsterdam, Edinburgh, Barcelona, Mailand und Wien.

Das [Umweltinstitut München](#), gegründet 1986 unmittelbar nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, ist ein unabhängiger Verein, der sich gegen Atomkraft, für gentechnikfreies Essen, für eine nachhaltige Energiewende und für den ökologischen Landbau einsetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Bundesverfassungsgericht: **Eilanträge zu 'CETA' ..**

Mit dem am 13.10.2016 verkündeten Urteil hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts mehrere Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt, die sich gegen eine Zustimmung des deutschen Vertreters im Rat der EU zur Unterzeichnung, zum Abschluss und zur vorläufigen Anwendung des Freihandelsabkommens CETA richteten. [Die Bundesregierung muss allerdings sicherstellen](#),

- dass ein Ratsbeschluss über die vorläufige Anwendung nur die Bereiche von CETA umfassen wird, die unstreitig in der Zuständigkeit der EU liegen,
- dass bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Hauptsache eine hinreichende demokratische Rückbindung der im Gemischten CETA-Ausschuss gefassten Beschlüsse gewährleistet ist, und
- dass die Auslegung des Art. 30.7 Abs. 3 Buchstabe c CETA eine einseitige Beendigung der vorläufigen Anwendung durch Deutschland ermöglicht.

Bei Einhaltung dieser Maßgaben bestehen für die Rechte der Beschwerdeführer sowie für die Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages keine schweren Nachteile, die im Rahmen einer Folgenabwägung den Erlass einer einstweiligen Anordnung geboten erscheinen ließen.

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage [www.volksinitiative-esm-austritt.de](#) erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.